

Resolution

„Protest gegen die Wiederinbetriebnahme von Tihange 2“

Rat der Stadt Aachen fordert Abkommen über kerntechnische Sicherheit und Strahlenschutz und bilaterale Zusammenarbeit mit den belgischen Nachbarn.

Anfang Juni diesen Jahres wurde der Reaktor von Block 2 im belgischen Kernkraftwerk Tihange entgegen vielfacher Proteste wieder hochgefahren. Im August 2012 wurde der Reaktor aufgrund bekannt gewordener Rissbildungen im Reaktorbehälter vorübergehend stillgelegt. Nach wie vor gibt es erhebliche Zweifel an der Sicherheit der Anlage insgesamt. Das Kernkraftwerk liegt nur 70 km südwestlich von Aachen.

Kernenergie ist kaum beherrschbar, wie gefährliche Zwischenfälle in Harrisburg, Tschernobyl oder Fukushima bewiesen haben. Folgeschäden von Störfällen sind kaum abschätzbar und werden Generationen von Bürgerinnen und Bürgern, die im erweiterten Umfeld der Reaktoren leben, beeinträchtigen.

Ein Unfall im belgischen Kernkraftwerk Tihange hätte enorme negative Auswirkungen auf die gesamte Umgebung. Kilometerweit wären Luft, Wasser und Nahrungsmittel verseucht und die Bevölkerung einer enormen Strahlenbelastung ausgesetzt. Aachen und die gesamte Region könnten davon massiv betroffen sein. Ein gemeinsames kerntechnisches Sicherheitskonzept mit den belgischen Nachbarn existiert bisher nicht.

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben gezeigt: Die Energieversorgung einer Industrienation ist langfristig auch mit regenerativen Energien möglich. Im Sinne des Bevölkerungsschutzes muss es im Interesse aller handelnden Akteure und Bevölkerungsvertreter sein, keine Mühen und Belastungen zu scheuen, die Energieversorgung langfristig mit regenerativen Energieformen zu ermöglichen.

Deshalb fordert der Rat der Stadt Aachen den Oberbürgermeister, die Landesregierung sowie die Bundesregierung dringend auf, positiv auf die belgische Föderalregierung einzuwirken, damit das Kernkraftwerk Tihange insgesamt möglichst schnell vom Netz genommen und stillgelegt wird.

Bis zur Umsetzung der Stilllegung der Anlage fordert der Rat der Stadt die Bundesregierung auf, nach dem Vorbild entsprechender Abkommen mit den Niederlanden, Frankreich, der Schweiz, Österreich und der Tschechischen Republik endlich auch ein bilaterales Abkommen mit Belgien zur Zusammenarbeit in Fragen der kerntechnischen Sicherheit und des Strahlenschutzes auszuhandeln.

Im Rahmen dieses Abkommens soll eine bilaterale Kommission eingerichtet werden, in der sich Deutschland und Belgien gegenseitig über sicherheitsrelevante Ereignisse und atomrechtliche Regelungen in beiden Ländern und insbesondere in der grenznahen Anlage in Tihange informieren. Unter der Beteiligung der Kommunen in der Städtereion sollen dort grenzüberschreitende, mehrsprachige Krisenkonzepte und Notfallpläne entwickelt werden.